



2017/43 Hotspot

<https://shop.jungle.world/artikel/2017/43/flucht-gewaehlt>

Roselyn Akombe, Mitglied der kenianischen Wahlkommission, hat das Land verlassen

Flucht gewählt

Porträt Von **Nicole Tomasek**

Nicht genug Anerkennung und dann noch Gewaltdrohungen – da ist es nur verständlich, wenn man den Job hinschmeißt. Roselyn Akombe hatte vergangene Woche genug. Sie wolle bei der Farce, die die Wiederholung der Präsidentschaftswahl in Kenia darstellte, nicht mitmachen, begründete das Mitglied der kenianischen Wahlkommission seinen Rücktritt. Akombe floh für unbestimmte Zeit in die USA, nachdem sie zahlreiche Drohungen erhalten hatte. Von wem diese ausgingen, spezifizierte die ehemalige UN-Mitarbeiterin nicht.

Die Wahlen am 26. Oktober könnten nicht frei und fair sein, so Akombe. Dabei sollte dieses Mal alles besser laufen: Die Wahlwiederholung war angesetzt worden, nachdem der unterlegene Oppositionsführer Raila Odinga den Sieg seines langjährigen Konkurrenten Uhuru Kenyatta bei der Präsidentschaftswahl im August nicht anerkannt und beanstandet hatte, dass das elektronische Wahlsystem manipuliert worden sei. Das Oberste Gericht gab ihm recht, die Wahl wurde annulliert und neu angesetzt. Am 10. Oktober kündigte Odinga überraschend an, nicht anzutreten, da glaubwürdige Wahlen nicht gewährleistet seien. Unter anderem hatte er die Entlassung einiger Wahlbeauftragter gefordert, die in Manipulationen verwickelt seien. Es ist nicht das erste Mal, dass Odinga ein Wahlergebnis anzweifelt. 2007 kam es nach seiner Niederlage bei Wahlen zu gewaltsamen Ausschreitungen, auch 2013 unterlag er und zweifelte das Ergebnis an. Vor den diesjährigen Wahlen wurde ein leitender Mitarbeiter der Wahlkommission ermordet (Jungle World 34/2017).

Auch Akombe räumte ein, dass einige Mitarbeiter von parteipolitischen Interessen geleitet seien. Sie kritisierte aber auch die Gewalt gegen Wahlbeamte und dass »in Teilen des Landes das Training leitender Beamter übereilt erfolgt aus Angst vor Angriffen von Protestierenden«. Immer wieder kommt es zu Protesten der Opposition, die oft gewaltsam niedergeschlagen werden.

Seit den Wahlen im August wurden Amnesty International und Human Rights Watch zufolge vermutlich 67 Anhänger der Opposition getötet. Selbst wenn die Wahl ausgesetzt

wird, wird der Machtkampf der Spitzenpolitiker wohl noch länger andauern. Profitieren können davon fast nur die Plünderer, die die Gunst der Stunde nutzen.